



Sie muss den internationalen Wettbewerb nicht scheuen: Die PlanET Biogastechnik GmbH in Gescher, die ich kürzlich zusammen mit Jan-Niclas besucht habe, um mir einen Einblick in die Herausforderungen und Potenziale der Biogasbranche zu verschaffen. Hendrik Becker, Gesellschafter der PlanET Biogas Group und Marco Schwering, Leiter der Genehmigungsabteilung, freuten sich mit uns gleich zwei Bundestagsabgeordnete am Tisch zu haben.

Das Unternehmen beschäftigt mittlerweile 450 Mitarbeiter, etwa 100 Sub-Unternehmen und macht dabei einen Jahresumsatz von 140 Mio. Euro. Becker betonte, dass sowohl PlanET als auch die Branche seit 2014 keine Neuanlagen in Deutschland mit dem überwiegenden Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen gebaut hat. Heute liegt der Schwerpunkt auf agrarische Reststoffe wie Gülle und Mist. Frühe Biogasanlagen, die tatsächlich Mais eingesetzt haben, stellen ebenfalls vermehrt um. Allerdings nicht alle. Gründe dafür sind beispielsweise keine Nachfolge beim Generationenwechsel in der Landwirtschaft, hohe Investitionskosten und neue Richtlinien. Zunehmend setzt aber die Lebensmittelindustrie und Rohstoffverwerter auf Biomethanganlagen.

Es hieß, die Tendenz im Neubau von Biogasanlagen habe sich in den letzten zehn Jahren zu reinen Gülle-Mist-Anlagen verlagert. Gleichzeitig sei der Maisanteil bei Bestandsanlagen ebenfalls rückläufig. Es zeige sich also, dass die Regelungsmechanismen greifen und die Biogasbranche sich den Anforderungen stellt und diese umsetzt.

Kritik, die wir mitnehmen in unsere Gremien in Berlin, gab es an den Rahmenbedingungen durch die letzten Bundesregierungen. Durch das EEG selbst, aber auch durch weitere gesetzliche Regelungen im Genehmigungsrecht, seien die Hürden so hochgelegt, dass ein abrupter Markteinbruch die Folge war.

Insbesondere schlechtere Förderbedingungen, der hohe Bürokratieaufwand und fehlende Rechtsicherheit in vielen Details sorgten dafür, dass sich der Markt in Deutschland bis heute nicht erholt habe. Besorgnisse wurden hinsichtlich mangelnder Abstimmung zwischen verschiedenen Ministerien und Gesetzen geäußert, was zu mehr Blockaden als konstruktiver Zusammenarbeit führe.